

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Zukunftskonferenz

Erste Gesetzesvorschläge
im September

Seite 3

IM FOKUS

Naturschutz-Initiativen

Größere Artenvielfalt und
weniger Pestizide

Seite 5

Migrationspaket

Einigung auf freiwilligen
Umverteilungsmechanismus

Seite 5



NORDIRLAND-PROTOKOLL

Kommission leitet Verfahren ein

Wegen einseitiger Änderungen des Austrittsabkommens geht die EU-Kommission mit drei Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich vor. Dieses hält trotz wiederholter Aufforderungen wesentliche Bestandteile des Nordirlandprotokolls nicht ein und verstößt somit gegen das Völkerrecht. EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič mahnte „die uneingeschränkte Einhaltung der rechtsverbindlichen Verpflichtungen“ an. Gleichzeitig legte die Kommission konkrete Lösungsvorschläge vor, um den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland zu erleichtern. Um die Folgen des Austritts abzufedern, gab die Kommission zudem 627 Millionen Euro aus dem Brexit-Fonds an vier Mitgliedstaaten frei, darunter an Deutschland.

Verfahren gegen UK

VORSCHLAG DER EU-KOMMISSION

Europäische Perspektive für Ukraine, Moldau und Georgien

Die Ukraine, die Republik Moldau sowie Georgien rücken näher an Europa heran. Die EU-Kommission schlägt den Mitgliedstaaten der EU vor, den drei Ländern eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. „Dies ist in der Tat ein historischer Tag für die Menschen in der Ukraine, Moldawien und Georgien. Wir bestätigen, dass sie zu gegebener Zeit in die Europäische Union gehören“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU. Dort wollten die Mitgliedstaaten über die Annahme der Kommissionsempfehlung entscheiden.

> Ukraine und Moldau könnten nach Ansicht der EU-Kommission den Status Beitrittskandidat erhalten, wenn auch an Reformen geknüpft. Von Georgien mahnte die Kommission noch mehr Reformen an, will dem Land aber eine europäische Perspektive bieten. Die Partnerländer sollten die „dargelegten Schlüsselreformen“ rasch in Angriff nehmen, sagte EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi und ergänzte: „Dies ist von entscheidender Bedeutung, damit die Ukraine, Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die EU vorankommen.“ Bis zum Jahresende wird die Kommission einen entsprechenden Fortschrittsbericht vorlegen.

Die drei Länder sind mit der EU bereits über ein Assoziierungsabkommen verbunden. So nehmen

sie an verschiedenen EU-Programmen teil, zum Beispiel am Forschungsprogramm Horizont Europa und dem Bildungsprogramm Erasmus+. Nach der russischen Invasion in der Ukraine hatten die drei Staaten ein offizielles Beitrittsgesuch bei der EU eingereicht. „Heute senden wir ihnen ein klares Signal der Unterstützung, auch wenn sie mit schwierigen Umständen konfrontiert sind“, sagte von der Leyen.

Die EU-Kommission bewertet die europäischen Perspektiven auf der Grundlage festgelegter Regeln. So verständigten sich die Mitgliedstaaten 1993 auf die Kopenhagen-Kriterien, die die Einhaltung demokratischer Grundsätze sowie den Ausbau des Rechtsstaats und der Zivilgesellschaft umfassen. >>

“ Die Ukrainer sind bereit, für die europäische Perspektive zu sterben. Wir wollen, dass sie mit uns den europäischen Traum leben. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

>> In Madrid wurden die Regeln 1995 durch Vorgaben zum Verwaltungsaufbau und zu gesunden Staatsfinanzen ergänzt. Zudem müssen die Kandidaten auf dem Weg in die EU zeigen, dass ihre Marktwirtschaft fähig ist, sich in den Europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Für die nächsten Schritte sind nun die Mitgliedstaaten zuständig.

Zu den drei Ländern stellte die Kommission im Einzelnen fest:

- > **Ukraine:** „In Folge des Assoziierungsabkommens erfüllt die Ukraine bereits 70 Prozent der EU-Regelungen“, erläuterte von der Leyen. Sie lobte zudem demokratische Fortschritte sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. So halte die Ukraine schon jetzt „80 Prozent der Vorgaben der Venedig-Kommission“ zur rechtsstaatlichen und demokratischen Entwicklung ein, sagte die Präsidentin. Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, dem Land den Kandidatenstatus zuzuerkennen.
- > **Republik Moldau:** Das „Land ist zum ersten Mal seit seiner Unabhängigkeit auf einem echten

europäischen Weg der Reformen und des Anti-Korruptionskampfes“, lobte von der Leyen. Auch hier sieht die Kommission die Voraussetzungen für einen Kandidatenstatus erfüllt.

- > **Georgien:** Georgien sieht die Kommission ebenfalls auf einem europäischen Weg, dringt aber zunächst auf weitere Anstrengungen, etwa bei der Überwindung der politischen Polarisierung des Landes sowie bei der Einbeziehung der Zivilgesellschaft. „Um Erfolg zu haben, muss das Land jetzt politisch vorankommen und einen klaren Weg für Strukturreformen entwerfen“, mahnte von der Leyen.

Für alle drei Länder forderte die Kommission weitere Anstrengungen, etwa bei der Unabhängigkeit der Justiz und im Kampf gegen Korruption. „Die Länder entscheiden selbst über den weiteren Weg“, sagte von der Leyen. Vor der Entscheidung der Kommission war die Präsidentin ein zweites Mal nach dem russischen Überfall nach Kiew gereist. „Der Weg ist bekannt, es ist ein leistungsbasierter Weg nach vorn“, sagte von der Leyen zur Beitrittsperspektive des Landes und stellte klar: „Natürlich befand sich die Ukraine bereits vor der gewaltsamen Invasion durch Russland auf einem guten Weg.“

Neue Struktur der Beitrittsgespräche

Deutschland unterstützt die Empfehlung der Kommission. „Die Ukraine gehört zur europäischen Familie“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer gemeinsamen Reise mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Italiens Ministerpräsident Mario Draghi und Rumäniens Staatsoberhaupt Klaus Johannis nach Kiew. Mit Montenegro (2012), Serbien (2014) sowie der Türkei (2005) laufen bereits offiziell Beitrittsgespräche. Im März 2020 stimmten die Mitgliedstaaten zudem der Aufnahme von Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zu.

Um den Beitrittsgesprächen eine neue Dynamik zu verleihen, hatte die EU 2020 eine neue Struktur der Verhandlungen beschlossen. So sind Beitrittsverhandlungen künftig umkehrbar, falls keine Fortschritte erzielt werden oder es Rückschritte in der Reformpolitik eines Kandidatenlandes gibt. Zudem können EU-Gelder ausgesetzt, Verhandlungen zu abgeschlossenen Kapiteln wieder aufgenommen oder die Gespräche ausgesetzt werden. „Das gilt für alle Beitrittskandidaten“, stellte von der Leyen klar und ergänzte: „Jedes Land hat seinen Weg in die Europäische Union selbst in der Hand.“ (pr) >|

Die Beitrittsregeln

Artikel 49 der Europäischen Verträge regelt den Beitritt eines Landes zur EU. Demnach kann „jeder europäische Staat“ um eine Mitgliedschaft ersuchen. Voraussetzung ist die Erfüllung „europäischer Werte“ wie zum Beispiel „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit“. Die Kommission prüft die entsprechenden Voraussetzungen. Die Mitgliedstaaten entscheiden einstimmig über die Verleihungen des Kandidatenstatus. Es folgt ein einstimmiges Votum über die Aufnahme offizieller Beitrittsgespräche sowie die Aufnahme in die EU. Auch das Europäische Parlament muss dem Verfahren zustimmen.

Die Bewerber um den EU-Beitritt im Vergleich Empfehlung der EU-Kommission für eine Beitrittsperspektive

Ukraine (Stand 2020)

Größe: 603.549 km²

Bevölkerung: 41,7 Millionen
Anteil jünger <24: 25,4 Prozent

Wirtschaftsleistung pro Kopf:
3.261,50 Euro

Anteil der Landwirtschaft an der
Wirtschaftsleistung: 10,8 Prozent

Republik Moldau (Stand 2019)

Größe: 357.022 km²

Bevölkerung: 3,54 Millionen
Anteil jünger <24: 29,5 Prozent

Wirtschaftsleistung pro Kopf:
3.020,40 Euro

Anteil der Landwirtschaft an der
Wirtschaftsleistung: 11,0 Prozent

Georgien (Stand 2020)

Größe: 69.700 km²

Bevölkerung: 3,71 Millionen
Anteil jünger <24: 19,3 Prozent

Wirtschaftsleistung pro Kopf:
3.742,40 Euro

Anteil der Landwirtschaft an der
Wirtschaftsleistung: 8,4 Prozent

Zum Vergleich: EU-27 (Stand 2021)

Größe: 4,225 Millionen km²

Bevölkerung: 447 Millionen

Wirtschaftsleistung pro Kopf:
31.170 Euro

Anteil der Landwirtschaft an der
Wirtschaftsleistung: 1,9 Prozent

Quelle: EU-Kommission

Bilder: Shutterstock

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Kommission benennt im September erste Gesetzesvorschläge

© European Union, 2022 – EP

Die EU-Kommission zieht erste Konsequenzen aus der Konferenz zur Zukunft Europas: Im September wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union die ersten neuen konkreten Gesetzesinitiativen vorschlagen. „Indem wir die Ergebnisse der Konferenz in das Arbeitsprogramm 2023 der Kommission einfließen lassen, zeigen wir den Bürgerinnen und Bürgern, dass wir sie nicht nur gehört, sondern dass wir ihnen zugehört haben“, sagte Vizepräsident Maroš Šefčovič. Aufbauend auf dem Erfolg der europäischen Bürgerforen in der Konferenz will die Kommission, dass diese Foren auch künftig bestimmte wichtige Vorschläge im Vorfeld erörtern und Empfehlungen dazu abzugeben.

Die Konferenz zur Zukunft Europas, ein Basisforum aus per Los ausgewählten Europäerinnen und Europäern, hatte im Vorjahr die Arbeit aufgenommen und im Mai den Abschlussbericht vorgelegt. Darin sind 49 Vorschläge für Gesetzesinitiativen benannt. Erste Forderungen der Bürgerkonferenz wie angemessene Mindestlöhne in der EU sind bereits umgesetzt. Andere innovative Vorschläge will die Kommission nun in ihr Arbeitsprogramm aufnehmen.

| Zukunftskonferenz

REISEN

Digitaler Corona-Pass gilt bis 30. Juni 2023

Die Gültigkeit des digitalen COVID-Zertifikats der EU wird um ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 2023 verlängert. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament unterstützten eine entsprechende Initiative der EU-Kommission. „Es sind 1,8 Milliarden Zertifikate ausgestellt, und zwei Dinge sind klar: Die epidemiologische Situation kann sich schnell ändern, und das digitale COVID-Zertifikat der EU war ein wichtiges Instrument, um uns durch schwere Zeiten zu bringen“, erklärte EU-Justizkommissar Didier Reynders. Zugleich ermunterte er die Mitgliedstaaten, Reisebeschränkungen oder Kontrollen an Grenzen im Schengen-Raum abzubauen.

Das digitale COVID-Zertifikat war zum 1. Juli 2020 eingeführt worden, um das Reisen innerhalb der EU zu erleichtern. Die EU-Kommission wird bis zum Jahresende eine Analyse der Erfahrungen mit dem digitalen Corona-Pass vorlegen und gegebenenfalls weitere Ergänzungen vorschlagen. Zuletzt hatten sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt, gefälschte Zertifikate auch grenzüberschreitend widerrufen zu können.

| Corona-Pass

FORSCHUNG

Jülich erhält europäischen Superrechner

Der erste europäische Exascale-Supercomputer wird am Forschungszentrum Jülich angesiedelt. Er ist einer von fünf neuen Supercomputern europaweit. Die miteinander verbundenen Rechner können mehr als eine Milliarde Rechenschritte pro Sekunde ausführen und erleichtern so die Modellierung von Vorhersagen in Forschungsbereichen wie Astronomie, Ingenieurwesen sowie Klima- und Materialwissenschaften. Die neuen Standorte in Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland und Polen stehen europäischen Nutzern aus der Wissenschaft, der Industrie – und dabei insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen – sowie dem öffentlichen Sektor in der gesamten EU und den teilnehmenden Ländern zur Verfügung.

Die Kommission hatte zuvor angekündigt, in Finnland den neuen Superrechner LUMI zu installieren. Der kühle Standort im finnischen Norden macht den weltweit drittschnellsten Rechner zum energieeffizientesten Supercomputer der Erde.

| Schnelle Rechner

EUROPÄISCHES BAUHAUS

EU-Kommission zeichnet deutsches Projekt „Symbiotic Spaces“ aus

Im Rahmen des ersten Europäischen Bauhaus-Festivals hat die EU-Kommission das Projekt „Symbiotic Spaces“ (Symbiotische Lebensräume) prämiert. Es bietet städtischen Wildtieren wie Enten, Insekten und Vögeln einen Rückzugsraum, indem es aus Ton mit einem 3-D-Drucker neue Unterschlupfmöglichkeiten formt. Vorangetrieben und entwickelt hat das Verfahren der Designer Laurin Kilbert an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Niedersachsen. Es setzt darauf, Wildtieren in Städten neue Rückzugsräume zu bieten, um die Biodiversität zu stärken.

Das Europäische Bauhaus war vor zwei Jahren von der EU-Kommission initiiert worden, um Kunst und Design mit dem Europäischen Grünen Deal zu verzahnen, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht. Auf dem ersten Europäischen Bauhaus-Festival wurden nun europaweit grüne Design- und Architekturlösungen zusammengetragen. Im Zuge des Festivals wurden 18 Designvorhaben ausgezeichnet.

| Europäisches Bauhaus – Preise 2022

NATURSCHUTZ-INITIATIVEN

EU-Kommission stärkt Artenvielfalt und dringt auf weniger Einsatz von Pestiziden

Die EU-Kommission treibt den Naturschutz in Europa mit zwei Initiativen voran. Um die Artenvielfalt zu fördern, soll der Einsatz von Pestiziden bis 2030 halbiert werden, aus städtischen Parks und Spielplätzen werden gefährliche Pflanzenschutzmittel komplett verboten.



© Shutterstock

Bis 2030 sollen EU-weit 50 Prozent weniger Pestizide ausgebracht und dafür umweltfreundliche Alternativen zügig eingesetzt werden.

> Europas erstes Renaturierungsgesetz sieht darüber hinaus vor, bis zum Ende des Jahrzehnts auf einem Fünftel der EU-Fläche Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen. „Bei der Bewältigung der Klimakrise erzielen wir Fortschritte, und mit den beiden heute vorgelegten Vorschlägen machen wir einen enormen Schritt nach vorn bei der Bewältigung des drohenden Ökozids“, sagte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, bei der Vorstellung des Naturschutz-Pakets.

Weltweit ist der Bestand wilder Arten in den vergangenen vierzig Jahren um 60 Prozent geschrumpft. Die EU-Kommission hatte daher vor zwei Jahren die Initiative ergriffen und zwei umfassende Strategien vorgelegt. „Vom Hof auf den Tisch“ nimmt die Rolle von Europas Landwirtschaft im Rahmen des Europäischen Grünen Deals in den Blick und zielt unter anderem darauf ab, den Einsatz von Pestiziden und Dünger zurückzufahren. Die Biodiversitätsstrategie nimmt die Hauptursachen für den Verlust an biologischer Vielfalt in Angriff, wie die nicht nachhaltige Nutzung von Land und Meer und den Raubbau an natürlichen Ressourcen.

Zur Verringerung des Pestizideinsatzes schlägt die Kommission unter anderem vor:

> **Weniger Pestizide:** Die ausgebrachte Menge an chemischen und gefährlicheren Pflanzenschutzmitteln sinkt bis 2030 EU-weit um 50 Prozent. Die Mitgliedstaaten der EU sollen dabei eigene

Ziele festlegen. Zudem soll das Angebot an biologischen und risikoarmen Alternativen auf dem Markt erweitert werden.

- > **Unterstützung der Landwirte:** Um Höfe beim Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft zu unterstützen, können die Mitgliedstaaten für eine Übergangsfrist von fünf Jahren Mittel aus den EU-Agrarfonds verwenden.
- > **Pestizidbann in Städten:** Auf öffentlichen Grünflächen in Kommunen wie Parks, Spielplätzen und Sportanlagen dürfen künftig keine chemischen Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden.

Zudem schlägt die EU-Kommission in einem weiteren Gesetz weitreichende Renaturierungsmaßnahmen vor:

- > **Wiederherstellung:** Bis 2030 soll ein Fünftel der Land- und Meeresfläche der EU renaturiert und bis 2050 80 Prozent der in schlechtem Zustand befindlichen europäischen Lebensräume wiederhergestellt werden. Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollen zudem 25.000 Kilometer entlang von Bächen und Flüssen der Natur zurückgegeben werden.
- > **Städtisches Grün:** In urbanen Räumen wird der Rückgang von Grünflächen bis 2030 gestoppt und bis 2050 diese Flächen um 5 Prozent ausgebaut. Bis zur Mitte des Jahrhunderts werden mindestens 10 Prozent der städtischen Flächen von Baumkronen beschattet sein. Untersuchungen zeigen, dass es bei Hitzewellen in Städten unter Bäumen um 2 Grad kühler ist als an unbeschatteten Stellen.

Die Lage sei ernst, sagte Timmermans. 70 Prozent der Böden in der EU sind in keinem guten Zustand. Erosion von Ackerboden führt in der Landwirtschaft zu Ernteverlusten von rund 1,25 Milliarden Euro pro Jahr. Der Bestand an wichtigen Bestäubern wie Bienen geht dramatisch zurück. Dabei hängen drei Viertel der weltweiten Agrarproduktion von Bestäubern ab.

„Das sind wissenschaftliche Fakten. Das ist eine größere Bedrohung für die langfristige Ernährungssicherheit als der Konflikt in der Ukraine“, betonte Timmermans und mahnte: „Wir Menschen sind auf die Natur angewiesen.“ (pr) >|

Debatte über Neonikotinoide

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat eine Debatte mit EU-Mitgliedstaaten und Drittländern angekündigt, über einen Importstopp von Lebensmitteln, die Reste von Neonikotinoiden enthalten. Das in der Landwirtschaft eingesetzte Nervengift gilt als verantwortlich für das Bienensterben. In der EU ist der Einsatz von Mitteln, die Neonikotinoide enthalten, bereits stark eingeschränkt. „Wir müssen alles unternehmen, um Bestäuber zu schützen“, sagte Kyriakides.

ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Mitgliedstaaten einigen sich auf **freiwilligen Umverteilungsmechanismus**

Die Mitgliedstaaten haben sich auf zentrale Bausteine eines europäischen Asyl- und Migrationspakets verständigt. Die Übereinkunft sieht unter anderem einen freiwilligen Solidaritätsmechanismus für die Umverteilung Geflüchteter vor. Von einem „bedeutenden Fortschritt“ sprach Innenkommissarin Ylva Johansson nach einem Treffen mit den Ressortkolleginnen und -kollegen der Mitgliedstaaten in Luxemburg.

> Die EU-Kommission hatte im September 2020 ein Asyl- und Migrationspaket mit insgesamt neun Einzelvorschlägen vorgelegt. Die Mitgliedstaaten konnten sich nun auf wichtige zentrale Punkte verständigen. So ist unter anderem vorgesehen:

- > **Solidaritätsmechanismus:** Die Mitgliedstaaten einigten sich auf einen freiwilligen Solidaritätsmechanismus. Geflüchtete, die aus Seenot gerettet werden, sollen nach einem festen Schlüssel auf die Mitgliedstaaten umverteilt werden. Staaten, die sich an dem Umverteilungsmechanismus nicht beteiligen, leisten im Gegenzug finanzielle Unterstützung. Von „einem echten Fortschritt“ sprach Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach den Beratungen.
- > **Prüfung:** Die Kommission hatte in ihrem Vorstoß vorgeschlagen, ein integriertes Grenzverfahren einzuführen. Die Mitgliedstaaten billigten nun eine Plausibilitätsprüfung (Screening) an den Außengrenzen der EU.
- > **Erweiterte Datenbank:** Bei der Einreise Geflüchteter werden die Fingerabdrücke in einer elektronischen Datenbank erfasst, auf die Behörden der Mitgliedstaaten zurückgreifen können. Künftig werden in der Eurodac-Datei auch biometrische Daten aufgenommen. Das soll auch helfen, Migrationsbewegungen besser und frühzeitig zu erkennen.

Das war ein „extrem erfolgreiches Treffen“, lobte Johansson die erzielten Fortschritte. Der französische Innenminister Gérald Darmanin nannte die Einigung „historisch“. Frankreich hat derzeit den Vorsitz unter den Mitgliedstaaten inne.

Hilfe für Geflüchtete in der Türkei

Schon zu Jahresbeginn hatte die neue Asylagentur der Europäischen Union – European Agency for Asylum (EUAA) – ihre Arbeit aufgenommen. Auch sie war im Asyl- und Migrationspaket der EU-Kommission vorgeschlagen worden. „Wir haben einen komplexen



© Jazzmany / Shutterstock.com

Binnenmarkt, eine gemeinsame Währung und ein beispielloses Konjunkturprogramm für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaften geschaffen. Jetzt gilt es, sich der Herausforderung zu stellen, die Migration gemeinsam zu bewältigen und dabei das richtige Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung zu finden“, hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsame Anstrengungen bei der Asyl- und Migrationspolitik angemahnt.

Die neue Agentur soll die Asylverfahren in den Mitgliedstaaten enger aufeinander abstimmen und einheitlichere Kriterien für das Vorgehen erarbeiten. Ein Team von 500 Expertinnen und Experten steht zudem bereit, um die EU-Länder bei der Bearbeitung von Asylverfahren zu unterstützen. Die neue Agentur folgt auf die europäische Asylbehörde EASO, die in den vergangenen zehn Jahren in den Mitgliedstaaten rund 40.000 Menschen für die Bearbeitung von Asylverfahren geschult hatte.

Die EU-Kommission stellte zudem weitere 50 Millionen Euro für schutzbedürftige Geflüchtete in der Türkei bereit. Die Mittel sollen unter anderem die medizinische Versorgung sicherstellen. Die Hilfe ergänzt das soziale Sicherheitsnetz der EU für Not Situationen (ESSN), über das derzeit über 1,5 Millionen Menschen in der Türkei unterstützt werden. „Die Augen der Welt sind auf die Ukraine gerichtet“, sagte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement und ergänzte: „Aber wir werden die Flüchtlinge in der Türkei nicht vergessen.“ (pr) >|

■ Neuanfang in der europäischen Migrationspolitik

Die neuen Regeln werden mehr Klarheit schaffen für die Menschen, die einen Asylantrag stellen.

Mehr polizeiliche Zusammenarbeit

Die Mitgliedstaaten der EU besiegelten eine bessere Verzahnung des Schengener Informationssystems (SIS) zum Austausch von Fahndungsdaten. Zudem vereinbarten sie eine engere Zusammenarbeit der Polizeibehörden im Rahmen des Prüm-II-Abkommens. Im Prümer Vertrag hatten sich die Mitgliedstaaten der EU 2005 auf eine engere polizeiliche Kooperation geeinigt. Das Abkommen ist benannt nach der gleichnamigen Eifelstadt in Rheinland-Pfalz.

EUROPA VOR ORT

EUROPE DIRECT-Zentren vermitteln

Europa an der Basis – zum Beispiel im Kreis Offenbach

„Mein Ziel ist es, die Menschen genau an die Stelle zu vermitteln, die die passende Antwort auf ihr Anliegen findet.“ So beschreibt Sibylle Möller ihren europäischen Auftrag. Die Europaexpertin ist die Managerin des EUROPE DIRECT Relais Rhein-Main des Kreises Offenbach.



© Privat/MES

Schüler der Max-Eyth-Schule im hessischen Dreieich erhalten für ihre erfolgreiche Teilnahme am Schüleraustausch den Europapass.

> Das EUROPE DIRECT-Zentrum ist eine von 50 Anlaufstellen, die die EU in Deutschland unterhält, um Europa im Alltag zu vermitteln.

Möllers Arbeitsplatz ist direkt im Kreishaus in Dietzenbach angesiedelt. „Die Fragen sind schon sehr, sehr konkret“, erzählt die Expertin. Jugendliche fragen nach Praktikumsplätzen im Ausland. Beschäftigte, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten, suchen nach Informationen rund um Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Doppelbesteuerung. Und Dauercamper erkundigen sich, ob sie ihren Fernseher auch bei einem Langzeitaufenthalt in Frankreich anmelden müssen. Für alles findet Möller eine Lösung oder vermittelt die passenden Ansprechstellen. Firmen werden auch an „Enterprise Europe“ in Hessen weitervermittelt, dem Netzwerk der EU-Kommission für Unternehmen und Innovation.

Möller hat in Großbritannien Jura studiert und danach in Saarbrücken einen Master in Europäischer Integration erworben. Schon während des Studiums profitierte sie von Europa. „Dank des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der EU musste ich damals im Vereinigten Königreich keine Studiengebühren zahlen, das hat mir eine Ausbildung im Ausland ermöglicht“, erzählt sie. Europa eröffnet Chancen.

Seit dem Jahr 2005 gibt es das EUROPE DIRECT-Zentrum im Kreis Offenbach, so lange kümmert sich auch Sibylle Möller vor Ort um praktische Lösungen für europäische Alltagsfragen. Auch Schulen melden sich, so können projektgebundene Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern über das Bildungsprogramm Erasmus+ gefördert werden.

„Dass die EU unseren Austausch in Spanien ermöglicht hat, war krass“, sagt Sammy Novitzki von der Max-Eyth-Schule in Dreieich. Der Schüler des Berufsvorbereitungsjahres war mit seiner Klasse zuletzt zum Austausch im spanischen Tomelloso.

Vor Ort hat die Klasse einen Geodome aus Holz errichtet. Der kugelförmige Baldachin ist mehr als nur ein Zeichen der Verbundenheit. „Der Geodome wird in einer Behindertenwerkstatt nahe Madrid täglich Schatten spenden“, so der betreuende Lehrer David Distelmann. „Das war ein gutes Gefühl“, sagt Schüler Justin Engels. Lehrer Andreas Gaul freut sich noch über etwas anderes: „Ein Schüleraustausch vermittelt europäische Erfahrungen. Schön, dass es nach Corona wieder losgehen konnte.“

Dies ist nur ein Beispiel für die vielfältige Arbeit der Europa-Informationsstellen in Deutschland. Europaweit unterhält die EU insgesamt 433 EUROPE DIRECT-Zentren. Deren Beschäftigte konnten sich nach der Pandemie nun in Mailand erstmals wieder auf einem Forum persönlich austauschen. „Vernetzung ist wichtig“, sagt Sibylle Möller, „der Austausch mit anderen bringt viele neue Impulse“. So brachte ihr Kollege Simon Lindörfer, der an dem Treffen in Italien teilnahm, neue Ideen für Europaplanspiele an Schulen mit nach Hessen.

Die EUROPE DIRECT-Zentren sind nicht allein Auskunftstellen, Kontaktbörsen und Diskussionsplattformen. Sie sind auch Seismograph für die Stimmung an der Basis. „Wir geben auch ein Feedback an die europäischen Institutionen, wie Europapolitik bei den Menschen ankommt“, sagt Sibylle Möller. Europa wächst. Von unten. (pr) >|

Auftakt zum Jahr der Jugend

Das EUROPE DIRECT-Zentrum im Kreis Offenbach veranstaltet gemeinsam mit der hessischen Staatskanzlei am 28. Juni, ab 15 Uhr, im Capitol in Dietzenbach den Auftakt für die jährliche Gemeinschaftsveranstaltung des Landes Hessen mit den hessischen EUROPE DIRECT-Zentren. Unter dem Motto: „Ich – Du – Wir: Europa gemeinsam gestalten“ wird über europäische Perspektiven für Jugendliche diskutiert. Mehr Informationen zur Veranstaltung und der Link zum Livestream unter: www.kreis-offenbach.de/eu-jugendforum

Europa in Zahlen

173

landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel aus Deutschland sind in der EU registriert und als regionale Marke besonders geschützt. Die Liste reicht von Aachener Printen über Beelitzer Spargel und Bayerischen Blutwurz bis zur Frankfurter Grie Soß, Pfälzer Wein und Spreewälder Gurke. Als jüngstes Produkt aus Deutschland wurde im Juni der Hohenloher Birnenbrand in die Liste der geschützten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der EU aufgenommen.

Die Liste aller geschützten geografischen Angaben enthält die eAmbrosia-Datenbank. eAmbrosia ist ein verbindliches Register der Namen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, Wein, aromatisierten Weinerzeugnissen und Spirituosen, die in der gesamten EU registriert und geschützt sind.

EU-Register der geografischen Angaben

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 28.06.2022 19.00–20.30 Uhr	„60 Jahre Städtepartnerschaft Leipzig – Bologna“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Sachsen	Gohliser Schlösschen Menckestraße 23 04155 Leipzig	www.europa-union-sachsen.de/veranstaltungen/20220628-leipzig-bologna
> 29.06.2022 15.30–16.30 Uhr	„Europas Energieversorgung: Auf dem Weg zu mehr Souveränität“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Online über ZOOM	https://iep-berlin.de/de/projekte/deutschland-und-europa/mittagsgesprache/mig-energie/
> 29.06.2022 19.00–20.30 Uhr	„Was bringt das Europäische Jahr der Jugend?“ Forum – Die Debatte im Inforadio (rbb) Veranstalter: Europäische Akademie Berlin e.V.	Live auf Inforadio rbb	www.inforadio.de/
> 30.06.2022 16.00 Uhr	„How to deal with China? EU-China relations in the light of the war in Ukraine“ Workshop und Jugenddialog Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	Online	www.europa-union.de/aktivitaeten/veranstaltungen
> 30.06.2022 19.30 Uhr	„MoviEUUnited European Video Award. How will EU shape your future?“ Preisverleihung Veranstalter: Europäisches Parlament Verbindungsbüro in München, Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München	Deutsches Museum Museumsinsel 1 80538 München	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsbuero_muenchen.html
> 05.07.2022 11.30 Uhr	„Krieg in der Ukraine: Welche Zukunft für Europas Jugend?“ Jugenddialog Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	Online	www.europa-union.de/aktivitaeten/veranstaltungen
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EU-PREIS FÜR BARRIEREFREIHEIT

Städte können sich bis 8. September bewerben

Auch in diesem Jahr können sich Städte ab 50.000 Einwohner für den europäischen Preis für Barrierefreiheit bewerben. Mit dem „Access City Award“ werden Städte ausgezeichnet, die die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen erheblich verbessert haben und weitere Schritte planen, um Barrieren abzubauen. Die Siegerstadt erhält ein Preisgeld von 150.000 Euro, die Zweit- und Drittplatzierten erhalten 120.000 Euro beziehungsweise 80.000 Euro. Die Bewerbungsfrist endet am 8. September 2022. In Deutschland haben bereits Berlin, Bremerhaven, Dresden, Köln und Wiesbaden diesen Preis erhalten. Der Wettbewerb wird von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Behindertenforum organisiert. Die Gewinner des diesjährigen Preises werden auf einer Konferenz anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderungen am 25. November bekannt gegeben.



© Shutterstock

■ *EU-Preis für Barrierefreiheit*

NEUES FÖRDERFORMAT

DiscoverEU Inklusion läuft an

DiscoverEU für alle: Mit DiscoverEU Inklusion können Organisationen und Einrichtungen aus dem Jugendbereich finanzielle und organisatorische Unterstützungsangebote für junge Menschen mit geringeren Chancen beantragen. DiscoverEU mit seinem zentralen Verfahren ist nicht für alle jungen Menschen gleich zugänglich. Das neue Förderformat ist ein Einstieg in Europa für junge Menschen, die aufgrund von sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, geografischen, gesundheitlichen oder anderen Hürden ansonsten nicht (oder nur mit erheblichem Aufwand) verreisen können. Anträge können erstmalig bis zum 04. Oktober 2022 bei JUGEND für Europa eingereicht werden.



© Shutterstock

■ *DiscoverEU Inklusion*

DIE EU DEN BÜRGERN NÄHER BRINGEN

EU-Kommission startet neues Projekt

Gemeinderäte und Behörden in der gesamten EU können künftig den Menschen in ihrem Wahlkreis oder ihrer Region die EU einfacher näherbringen. Dafür hat die Europäische Kommission das Projekt „Building Europe with Local Councillors“ (BELC) gestartet. Das Projekt wird ein EU-weites Netzwerk aufbauen, das den lokalen Behörden aktuelle Materialien über EU-Politik und -Vorschriften an die Hand gibt, die sich auf ihren Wahlkreis auswirken könnten. Zudem bietet BELC Zugang zu Webinaren über wichtige Themen und eröffnet die Möglichkeit, die EU-Institutionen zu besuchen. Gemeinderäte und Behörden können sich ab sofort für die Teilnahme an diesem Projekt anmelden. Das Projekt ist eine direkte Antwort auf einen der Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas, in dem ein System lokaler EU-Räte gefordert wird, um die Distanz zwischen den EU-Institutionen und den europäischen Bürgern zu verringern.

■ *EU-Projekt für lokale Behörden*

AUSSCHREIBUNG

Ausbildungsprogramm für junge Journalistinnen und Journalisten

Das Europäische Parlament hat eine Ausschreibung für das David Sassoli-Ausbildungsprogramm für junge Journalistinnen und Journalisten veröffentlicht. Bewerben können sich Organisationen mit Erfahrungen bei der Schulung dieser Berufsgruppe. Alle Informationen und Ausschreibungsunterlagen sind auf der e-Tender-Webseite verfügbar. Die Bewerbungsfrist endet am 8. Juli um 17:00 Uhr MEZ.

Ziel des Ausbildungsprogramms ist es, die Kompetenz junger Journalistinnen und Journalisten in EU-Angelegenheiten zu vertiefen und deren Fähigkeit zu verbessern, ihrem Publikum EU-bezogene Berichterstattung anzubieten. Die Ausschreibung richtet sich an Organisationen mit nachgewiesener Erfahrung im Medioumfeld und in der Organisation von Schulungen für Medienschaffende. Die ausgewählten Organisationen werden für die Konzeption, Organisation und Umsetzung eines bis zu zweimal jährlich veranstalteten Schulungsprogramms zu EU-Themen auf nationaler Ebene verantwortlich sein.

■ *Ausschreibung*



© Spech / Shutterstock.com